

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Zweitsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Verlag: 8 mal. Bezug 3 Pfr. monatlich 1.00 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameweile 45 Goldpfennige. Die Reichweite Stuttgart Nr. 5781. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 116

Altensteig, Freitag den 20. Mai

1927

## Neues vom Tage.

### Reichratsbeschlüsse

Berlin, 19. Mai. Der Reichsrat erklärte sich in seiner öffentlichen Vollziehung vom Donnerstag einverstanden mit dem Reichstagsbeschluss betr. die Verlängerung des Republikversicherungsgesetzes um zwei Jahre. Nur der Vertreter der preussischen Provinz Pommern erklärte sich gegen das Gesetz. Weiter wurde ein Gesetzentwurf angenommen über die Wiederinfraktierung des Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen Deutschland und Bolivien. Ferner erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit dem Gesetzentwurf, wonach die Geltungsdauer der Pachtfußverordnung, die sonst am 30. September d. J. ablaufen würde, um zwei Jahre verlängert wird. Der Gesetzentwurf über den Schutz der Jugend bei Luftfahrten, der bekanntlich vom Reichstag vielfach verändert worden ist, wurde auf Antrag Preußens an die Ausschüsse zurückverwiesen.

### Die Zerstörungsarbeiten an der Ostgrenze beendet

Berlin, 19. Mai. Nach Blättermeldungen aus Königsberg sind die Zerstörungsarbeiten an den Befestigungsanlagen an der deutschen Ostgrenze nunmehr beendet. Sämtliche in Betracht kommenden 88 Unterstände einschließlich der Betonfundamentierungen sind zerstört.

### Deutschland und die Mandatskommission

Berlin, 19. Mai. Nach Mitteilungen an die Presse ist es richtig, daß mit den in Frage kommenden Regierungen Besprechungen im Gange sind, in denen Deutschland die Forderung erhebt, zur Mandatskommission des Völkerbundes zugelassen zu werden. Diese Besprechungen ziehen sich bereits seit längerer Zeit hin, ohne daß bisher eine Entscheidung vorliegt.

### Reichskabinett und Steuervereinfachung

Berlin, 19. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, liegt dem Reichskabinett der Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes vor. Das Kabinett hat zu dem Entwurf noch nicht Stellung, sondern in seiner gestrigen Sitzung nur von ihm Kenntnis genommen.

### Stauschuh des Reichstages

Berlin, 18. Mai. Im Reichstagsausschuß für Ostfragen wurde nach längerer Aussprache ein Antrag des Kommunisten Jodisch abgelehnt, der aus Anlaß der ungeheuren Hochwasserhäden neben den 25 Millionen Mark für das Ostprogramm weitere 25 Millionen Mark bewilligt haben wollte. Angelehnt wurde zunächst die Beschlußfassung über einen Antrag Dr. Mittelmann (D. Sp.), wonach der Ausschuh beschließen sollte, die durch die Grenzziehung im Osten in Mitleidenschaft gezogenen Landesteile des Reiches zu bereisen. Dagegen wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eine Entschließung Wigla (Ztr.) angenommen, worin der Ostauschuh einmütig seiner Entschiedenheit darüber Ausdruck gibt, daß kein ursprünglicher Antrag, 25 Millionen Reichsmark für den unter der polnischen Grenzziehung schwer leidenden Osten zu bewilligen, nicht Annahme gefunden hat. Nunmehr aber sprach der Ostauschuh einmütig die feste Erwartung aus, daß der im Etat 1927 aufgeworfene Betrag von 25 Millionen Reichsmark nur für die östlichen Grenzgebiete einschließlich Schleswigs bestimmt werde. Hierauf vertagte sich der Ausschuh.

### Das dritte Kabinett Seipel

Wien, 19. Mai. Der österreichische Nationalrat hat sich heute dem gestrigen Vorschlag des Hauptausschusses angeschlossen und als Regierung ein drittes Kabinett Seipel gewählt. In ihm sind wieder vertreten: Christlich-Soziale, Großdeutsche und Landbund. Die Wiederwahl ergab die bisherige Regierung mit der einzigen Ausnahme, daß der Posten des Vizekanzlers von dem landbündlerischen Abgeordneten Hartleb (Kärnten) befehrt wird, und Dr. Dinghofer (Großdeutsch), der dieses Amt bisher inne hatte, zum Minister ohne Portefeuille gewählt wurde.

### Russische Forderungen auf der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 19. Mai. Zu der russischen Forderung wegen Berücksichtigung des Grundgesetzes des Nebeneinanderbestehens der beiden Wirtschaftssysteme, des kapitalistischen und des kommunistischen, herrscht in Konferenzkreisen die Meinung vor, daß eine praktische Lösungsmöglichkeit gefunden werden kann. Man wird bemüht sein, eine Formulierung herzustellen, die dem Wunsch der Russen in ausreichender Weise Rechnung tragen wird.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 18. Mai.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Marx, Präsident Loebner eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Abg. Dr. Sell (Ztr.) erstattet den Bericht über die Tätigkeit des dritten Unterausschusses des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der dritte Unterauschuh hatte zu prüfen, „ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzen oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren“. Der Ausschuh sah seine Aufgabe nicht darin, einzelne Beschwerden nachsprühen oder dem Ausland eine „deutsche Geenliste“ zu überreichen, vielmehr die Maßnahmen der Regierung und militärischen Kommandostellen der kriegsführenden Mächte daraufhin zu prüfen, wie weit der Wille, die völkerrechtlichen Bestimmungen einzuhalten und Zwiderhandlungen abzuweisen, bei den kriegsführenden Mächten vorhanden war. Das ausländische Material dafür lag nur lückenhaft vor. Der Ausschuh hofft, daß die früher feindlichen Regierungen durch seine Anregung zur Weiterbearbeitung der aufgeworfenen Fragen veranlaßt werden. Es wäre erwünscht, wenn die oft von Deutschland angeregte internationale Prüfung der von sämtlichen kriegsführenden Parteien vorgebrachten Beschwerden über Verletzungen des Völkerrechts in nicht zu ferner Zeit aufstünde käme.

Abg. Dr. Ledt (Soz.) hält die Feststellungen des Ausschusses in vielen Punkten für unrichtig. Die Deportationen der belagerten Arbeiter seien in keiner Weise zu rechtfertigen. Sie seien nicht einmal von den Militärs, sondern von deutschen Großindustriellen veranlaßt worden. Der Abtransport der belagerten Arbeiter sei unter überläßigen und sinnlosen Härten durchgeführt worden. Der historische Wert der Arbeiten des Unterausschusses sei gleich Null. Praktisch habe er nichts ausgesagt gefördert.

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, die Kommunisten hätten sich von vornherein an der Arbeit dieses Ausschusses nicht beteiligt, weil sie ihn für völlig ungeeignet hielten. Der Redner bekämpft die Entschließung des Ausschusses zum Luft-, Gas- und U-Bootkrieg.

Abg. Dr. Schüding (Dem.) verteidigt den Ausschuh, dessen Vorsitzender er ist, und die Sachverständigen gegen die Angriffe der Redner. Der Ausschuh habe sich ehrlich bemüht, die Wahrheit zu finden. Ob man durch die Deportation tatsächlich den industriellen billigen Arbeiter verschaffen wolle, sei keineswegs festzustellen. Die beiden Verantwortlichen, von Bissing und Beilmann-Holweg, weissen leider nicht mehr unter den Lebenden. Nur unter dem Gesichtspunkt der Notwehr könne die Hungerblockade habe der Ausschuh den unbeschränkten U-Bootkrieg gebilligt. In dieser Frage dürfe es keine Parteipolitik geben.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, man müsse von dem Urteil des Ausschusses weit absehen, um nicht im Ausland eine falsche Meinung zu erwecken. Es heiße geradezu für die deutsche Ehre eintreten, wenn man sich gegen die Feststellungen des Ausschusses wende. Die Wahl Dr. Krieger als Sachverständiger sei unzulässig, da er eigentlich der Hauptangeklagte sein müßte. Wenn der Ausschuh seine Aufgabe darin gesehen habe, die Vorbereitung der deutschen Kriegsführung zu beschleunigen, dann ließe er damit nur den französischen Nationalen Material. Die Feststellungen des Ausschusses seien eine Täuschung der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit und es müsse festgestellt werden, daß nicht das ganze deutsche Volk und der ganze Deutsche Reichstag diese Täuschung mitmachten. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Dr. Sell (Ztr.) wandte sich gegen die Ausführungen der Sozialdemokraten und erklärte, manche dieser Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, daß wir uns nicht in einem deutschen Parlament befinden. Unruhe links, lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit. Die Kritik war von keinerlei Sachkenntnis getrieben. Der Ausschuh hat sich der größten Sachlichkeit befehrt. Die unangelegten Angriffe gegen die Sachverständigen verdienen schärfste Zurückweisung. Es scheint fast, daß es hier Kreise gibt, denen die Feststellungen des Ausschusses unangenehm geworden sind. Die hier geübte Kritik ist dem Ansehen der deutschen Republik sicherlich nicht förderlich gewesen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Stöcker (Komm.) reist an, die fünf Bände des Ausschusses als Material einzuklamern zu lassen. Der Redner erklärt unter lebhaften Protesten auf der Rechten, er fühle sich dem Klassenbewußten Proletariat Englands und Frankreichs tausendmal mehr verbunden als den reaktionären Kreisen in Deutschland.

Berlin, 19. Mai.

### 10 Millionen für den Kleinwohnungsbaun

Der Reichstag nahm am Mittwoch nach Abschluß der Beratung des Berichtes des parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Kontrolle zum Gesetz über den Kleinwohnungsbaun in zweiter und dritter Lesung an mit dem Ausschuhentwurf, 10 Millionen für Arbeiten und Verträge zur Verbilligung und Verbesserung des Wohnungsbaues zu überweisen.

Hierauf wird die Beratung der kommunistischen Entwürfe zur Krisenfürsorge fortgesetzt, wobei Abg. Föder (Soz.) eine sozialdemokratische Interpellation beantragt, die sofortige Aufhebung

der Krisenfürsorge zu unterlassen und seine Verordnungen zurückzuziehen.

Krisenarbeitsminister Brauns erklärte, seine Verordnungen auf Einschränkung der Krisenfürsorge sei bestimmt worden von der Rücksicht auf die Besserung des Arbeitsmarktes. In eine Aufhebung der Krisenfürsorge habe kein Mensch gedacht. Die Beschränkung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung für einzelne Berufe auf 26 Wochen habe sich aus der Gesetzesbestimmung ergeben, so daß eine Ausdehnung auf 39 Wochen nur für Berufe mit besonders ungünstigen Verhältnissen gegeben sei.

Nach einer Erklärung des demokratischen Abg. Ziegler, daß seine Freunde dem kommunistischen Antrag zustimmen würden, der die Aufhebung der Verordnung über die Beschränkung der Höchstbezugsdauer im Spinnstoff-, Baumwollspinnungs- und Garnereinerwerb verlangt, wird der kommunistische Antrag gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Berlin, 19. Mai.

In der heutigen letzten Sitzung des Reichstages vor dem Pfingstferien wurde das Abkommen zwischen Deutschland, der Freien Stadt Danzig und Polen über die Durchführung des Artikels 312 des Versailler Vertrages hinsichtlich der Freien Stadt Danzig in allen drei Lesungen angenommen. Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündholzern. Den Bericht über die Ausschuhverhandlungen erstattete Abg. Schlad (Ztr.). Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ging auf den Gesetzentwurf ein und suchte die gegen das Zündholzmonopol laut gewordenen Bedenken zu zerstreuen. Bei Annahme des Gesetzes seien die Vorteile der deutschen Volkswirtschaft: eine Beschränkung des Schwedentraktes auf 65 Prozent der Zündholzproduktion, die Befreiung der Gefahr weiterer Ueberfremdung, Vorsehung der Beteiligung am Syndikat, deutscher Vorkauf und deutsche Majorität im Aufsichtsrat, weiter Beendigung des Konturrenkampfes, fester Wechsel, größere Ausfuhr und schließlich Bereitstellung von Krediten durch die Reichskreditgesellschaft. Die Zündholzverkaufs-A.-G. lege großen Wert darauf, daß der heutige Kleinhandelspreis für Zündhölzer beibehalten werde. Der sozialdemokratische Abg. Heineg hielt seine Bedenken gegen das Monopol aufrecht und beantragte ein neues Gesetz, das die Gründung einer staatlichen Zündholzverkaufs-A.-G. bezweckt, während Abg. Kippel (Dntl.) sich den Ausführungen des Ministers anschloß und ebenso wie Abg. Schlad (Ztr.) die Tätigkeit des Abg. Behrens für völlig einwandfrei hielt. Der demokratische Abg. Fischer wandte sich dagegen, daß man Aufsichtsratsmitgliedern die Mitarbeit an Steuerangelegenheiten etwa verbieten sollte. Etwas anderes sei es aber, wenn ein Interessent, wie Herr Behrens, an einem Gesetz mitwirke, das gerade seinen konkreten Betrieb besonders betreffe. Nachdem Abg. Rauch (B. Sp.) darauf hinwies, daß die der Linken nahestehenden Mitglieder des Reichswirtschaftsrats dem Gesetz zugestimmt hätten, wurde der Gesetzentwurf unter Ablehnung sozialdemokratischer und demokratischer Entwürfe in zweiter und dritter Lesung angenommen. Hierauf berichtete Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) über die Beratungen des Bildungsausschusses über Berufsschulfrage für Schulklassen. Der Ausschuh ersuchte in einer Entschließung die Reichsregierung, für jugendliche Arbeiter an den erwerbslosen Schulklassen und zur Pflege ihrer beruflichen Ausbildung und Fortbildung Mittel bereitzustellen. Mit der Annahme dieser Entschließung war die Tagesordnung erledigt, worauf sich der Reichstag auf den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, vertagte.

## Württembergischer Landtag

### Die Kriegsbeschädigtenfrage im Württ. Landtag

Stuttgart, 19. Mai. Der Finanzauschuh beschäftigte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit verschiedenen Anträgen und Eingaben, insbesondere sehr eingehend mit einer Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Landesverband Württemberg, um Verbesserung ihrer Lage. Berichterstatter war der Abg. Blügger. Staatsrat Rau erklärte, das Wünschenswerte in der Kriegsfürsorge sei noch nicht erreicht. Die Reichsregierung habe einen Entwurf zur Besserung der Lage der Kriegsbeschädigten in Aussicht gestellt. Davon jünge die württembergische Regelung ab. Bis jetzt sei die Fürsorge zwischen Reich und Land geteilt und die Teilung hänge mit dem Finanzausgleich zusammen. Eine befriedigende Regelung sei nur durch die Uebernahme der Mittel durch das Reich möglich. Die Zahl der Schwerbeschädigten betrage in Württemberg 13 000, davon seien 700 arbeitsunfähig. Unterbracht in Arbeit seien 12 000. Die Arbeitsbeschaffung sei also in Württemberg befriedigend gelöst. In längerer Debatte brachten die Redner der verschiedenen Parteien ein warmes Interesse an der Lage der Kriegsbeschädigten zum Ausdruck und es wurde schließlich aus einem Antrag des Berichterstatters folgendes angenommen: Das Staatsministerium zu ersuchen, beim Reich im Sinne einer angemessenen Erhöhung der Rentenbesätze für versorgungsberechtigte Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene, sowie der Uebernahme der Beihilfenlasten auf das Reich tätig zu werden; das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, die Hauptversorgungsämter anzuweisen, bei Nachprüfung von Renten-Kriegsbeschädigten möglichst entgegenkommend zu verfahren;





## Bezirkskirchenfest Nagold

Sonntag, 22. Mai 1927 nachmittags 2 Uhr  
in der Stadtkirche in Nagold  
unter Mitwirkung mehrerer Kirchen-  
chöre des Bezirks.

Zu diesem Fest, auf dem im Namen des  
Evangelischen Volksbundes dessen Ge-  
schäftsführer Dr. Ströle-Stuttgart, im  
Namen des Gustav Adolf-Vereins Pfarrer  
Dr. Eder-Gosau (Stielemark) sprechen wird,  
werden die Gemeindegensossen in Stadt  
und Bezirk herzlich eingeladen.

Für die Teilnehmer des hinteren Bezirks  
geht ein Sonderzug

ab Altensteig 1150 (nicht 1254)  
ab Berneck 1157  
ab Ebhausen 1210  
ab Rohrdorf 1218  
ab Nagold 1291

Ev. Dekanatamt  
Otto.

Der Bezirksvertreter des Volksbunds  
Inspektor Bauer

Der Bezirksvertreter des Gustav Adolf-Vereins  
Pfarrer Gög.

## Reichsbund der Kriegsbeschäd. ehemal. Kriegs- teilnehmer u. Kriegshinterbliebenen

**Familien-Ausflug**  
am Sonntag, den 22. Mai über  
Baiernmühle nach Bernsd. Treffpunkt mittags 1/2 Uhr bei  
der Tarnhalle. Gleichzeitig wird auf den

### Gauausflug nach Friedrichshafen

am 18. und 19. Juni hingewiesen. Im Programm  
ist u. a. vorgesehen: Seebeleuchtung mit Feuerwerk, Be-  
sichtigung der Zeppelinwerft u. Fahrpreis ab Horb  
9.50 Mk hin und zurück. Näheres und Anmeldungen hie-  
zu bis Mittwoch, 25. Mai an Vorstand Schittler erbeten.

Zu diesen beiden Veranstaltungen werden Mitglieder  
und Nichtmitglieder zu zahlreichem Besuch sebl. eingeladen.

## Milchverkaufsgenossenschaft Oberkollwangen und Umgebung

e. G. m. u. H.

An unsere Mitglieder!

Mit Wirkung vom 1. Mai dieses Jahres wurde das  
Autoverkehrswesen neu geregelt.

Sämtliche Einnahmen aus dem Verkehr fließen nunmehr  
ungeteilt der Genossenschaft zu; die Rentabilität der Ge-  
nossenschaft und damit der Milchpreis, der ausbezahlt wer-  
den kann, steigt mit jedem Pfennig Mehreinnahmen aus  
gesteigerter Personen- und Frachtbeförderung.

Jetzt ist es daher nicht nur die Pflicht, sondern das  
eigenste Interesse eines jeden Genossenschaftsmitgliedes,  
unser Milchauto für alle Zwecke der Beförderung — Per-  
sonen und Fracht — ausschließlich zu benützen.

Der Vorstand.

**Wer verkaufen will, muß inserieren!**

## Druckarbeiten

aller Art, in moderner und geschmack-  
voller Ausführung, fertigt rasch und billig

**W. Rieker'sche Buchdruckerei**

W. Rieker'sche Buchdrlg.  
Post Bad Teinach.

## Beigeholz-Verkauf.

Am Freitag, den 27. Mai  
1927 vormittags 9 Uhr in  
Nuweiler, Gasthaus zum  
„Adler“ aus Staatswald Km  
Buchen: 24 Brgl. 22 Anbr.;  
Nadelh.: 6 Schtr., 3 Brgl.,  
620 Anbr. Losverzeichnisse  
durch die Forstdirektion G. f. V.  
Stuttgart.



FÜR DEN BODEN  
LOBA-MARKET, SCHWARZWALD  
LOBA-EGGE, DIE HAUSGROSSE  
DIE BEITZT DAS SCHWARZWALD

Altensteig.

## Grasertrag

von meiner Wiese, ca. 50 Ar  
groß bei der Koblsmühle

Karl Theurer, Wirt.

Grömbach.

Drei guterhaltene



Fahr-  
räder

fehlt, weil entbehrlich, dem  
Verkauf aus.

Adam Frey b. Lamm.

Reißzeuge  
Reißbretter  
Reißschiene  
Winkel  
Zeichen-Maßstäbe  
Zeichenblöcke  
Zeichenhefte  
Zeichenpapier

in Vogen  
empfiehlt die  
W. Rieker'sche Buchdrlg.

Gestorbene:

Nagold: Katharine Schauble,  
87 Jahre.

Kahz: Jakob Schneider,  
Kronenwirt, 62 Jahre.

Alzburg: Anna Maria  
Fenchel, geb. Rentschler,  
65 Jahre.

## Papier-

## Servietten

Krepp oder Damast  
liefert mit oder ohne Auf-  
druck die

W. Rieker'sche Buchdrlg.  
Altensteig.



Die reinste Seife ist stets auch am  
sparsamsten, denn sie schon Ihre  
kostbare Wäsche. Die Sunlight  
Gesellschaft bietet Ihnen Mk. 20000  
als Bürgschaft für die vollkommene  
Reinheit und Unschädlichkeit der  
Sunlight Seife

## Rheumatismus-Kranke

Warum? quälen Sie sich solange mit  
Ihrem Rheumatismus wo es  
in dem vielfach bewährten

## Nervosan-Apparat

ein Mittel gibt, das Ihnen Linderung und  
Heilung Ihres Leidens verschafft!

zögern Sie nicht länger und wenden  
Sie sich an

**WILHELM KALTENBACH**  
ALTENSTEIG (Marktplatz)

der Ihnen nähere Auskunft erteilt und der Appa-  
rat 14 Tage auf Probe gegeben wird.

## Reparatur- werkstätte

für  
Auto, Motorräder,  
Fahrräder

**Carl Adersmann, Altensteig**

Fachmäßige Ausführung. Billigste Berechnung.

## Der neue Taschen-Fahrplan

kleine und große Ausgabe,  
empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung  
Altensteig.



beseitigt  
schmerzlos

**LEBEWOHL**

PFLASTERBINDE MIT FILZRING

Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., Lebewohl-Fußbad  
gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel  
(2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Dro-  
gerien. Sicher zu haben bei: Fr. Schlumberger,  
Schwarzwald-Drogerie.